

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 277 (2004)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(VOM 15. MAI 2002 BIS ZUM 19. MAI 2003)

Irak-Krieg

Im Berichtsjahr war das herausragende Geschehen die militärische Intervention, welche die Vereinigten Staaten im Verein mit Grossbritannien im März und April in Irak unternommen haben. Dieser Krieg bewirkte nicht nur eine Veränderung der politischen Verhältnisse im Nahen Osten, sondern auch einen nachhaltigen Einfluss auf andere internationale Beziehungen mit Folgen, die erst zum Teil absehbar sind.

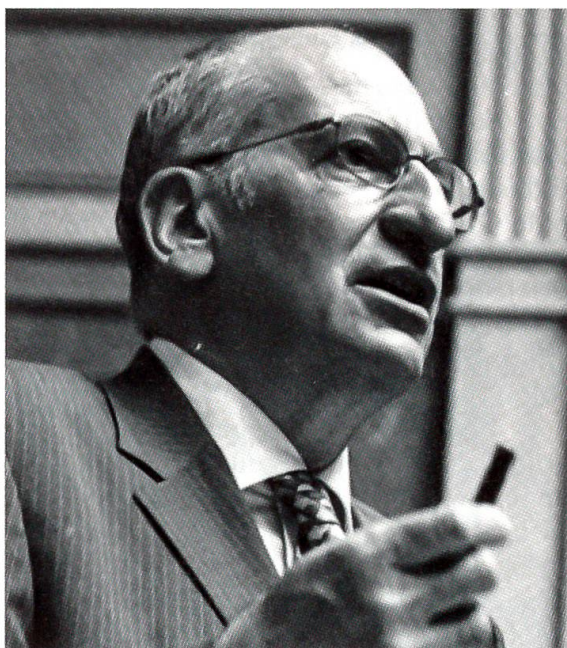
Angesichts des grotesk unterschiedlichen Kräfteverhältnisses konnte nicht erstaunen, dass der Waffengang nur etwas mehr als drei Wochen gedauert hat und mit dem vollständigen Zusammenbruch der Streitkräfte und des politischen Regierungssystems des Irak endete. Saddam Hussein selber, seine Söhne und eine Grosszahl der Exponenten seines Regimes sind spurlos verschwunden; nur wenige der Gesuchten wurden gefunden oder haben sich den Siegern gestellt. Während die Verluste auf Seiten der Invasoren mit nur einigen Hundert Toten gering geblieben sind, waren die Ausfälle auf Seiten der Verteidiger bedeutend. Trotz der im Allgemeinen sehr zielsicher auf strategisch wichtige Objek-

te ausgerichteten Bombardemente mit Fliegerbomben und Marschflugkörpern ist die Zivilbevölkerung in den grossen Städten stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Gravierender als die Folgen des direkten Beschusses waren der Ausfall der Wasser- und Elektrizitätsversorgung sowie die Unzulänglichkeit medizinischer Hilfe; wegen der jahrelangen Sanktionen fehlte es in

Irak an Medikamenten und Instrumenten. Nach dem plötzlichen Zusammenbruch des Regimes war die öffentliche Ordnung in den grossen Städten nicht mehr gewährleistet. Während längerer Zeit herrschte ein allgemeines Chaos mit Attacken auf Leib, Leben und Besitz. Sogar Spitäler wurden ausgeplündert.

Vorgeschichte, Hintergründe und Umstände des Irak-Krieges sind von Bedeutung, weil damit in der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Kapitel aufgeschlagen worden ist. Die USA als allein übrig gebliebene Super-

macht machen sich jetzt anheischig, die weltpolitische Ordnung nicht mehr in einem multilateralen, vertraglichen und institutionellen Rahmen partnerschaftlich zu regeln, sondern nach Gutdünken in eigener Regie zu bestimmen! Eine Gruppe von kühnen Vordenkern propagierte mit wachsendem intellektuellem Ein-



Pascal Couchepin
Bundespräsident für das Jahr 2003
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)



Präsident George W. Bush vor seiner gegen den Irak eingesetzten Militärmacht
(Foto Keystone)

fluss die Auffassung, dass Amerika das Mass aller Dinge in der Welt sei und deshalb die Verantwortung für die internationale Ordnung selber zu übernehmen habe. Eine «Pax Americana» sollte inskünftig den Weltfrieden sichern, da dieser auf Grund der konventionellen völkerrechtlichen Grundsätze und der praktisch in internationalen Konflikten oft versagenden UNO nicht zu haben sei.

Den entscheidenden Durchbruch schaffte dieses neue aussenpolitisch-strategische Konzept im Anschluss an die nachhaltige allgemeine Schockwirkung des terroristischen Anschlags auf das World Trade Center in New York. Die Welle der Empörung und des mobilisierten Nationalstolzes ausnützend erklärte Präsident Bush dem *internationalen Terrorismus* den Krieg. Einerseits wurde ein engmaschiges Abwehrdispositiv im In- und Ausland geknüpft; andererseits kam es zu einer militärischen Intervention in *Afghanistan*, wo das islamistische Regime der Taliban der von Ossama bin Laden inspirierten Terroristen-Organisation al-Qaïda Unterschlupf und Unterstützung gewährte. Der noch international abgestützte Feldzug in Afghanistan war kurz und erfolgreich; aber der Terrorismus war

dadurch nicht ausgerottet, sondern auch anderswo virulent geblieben. Also sollte die Kampagne nicht einschlafen.

Warum in Washington ausgerechnet *Irak* als nächstes Ziel einer militärischen Intervention im Zeichen des «Kriegs gegen den Terrorismus» ins Visier genommen worden ist, kann nur vermutet werden. In offiziellen Erklärungen wurden wechselnde Motive angegeben, so u.a., dass das diktatorische Regime von Saddam Hussein al-Qaïda unter-

stütze, dass Irak seit 12 Jahren sämtliche UNO-Resolutionen missachtet habe und biologische und chemische Massenvernichtungsmittel besitze, die jederzeit an Terroristen weitergegeben werden könnten. Interessanterweise wurde die Tatsache, dass Irak über enorme Erdölvorkommen verfügt, eher heruntergespielt. Als die von Saddam Hussein (wegen angeblicher Spionagetätigkeit) abgebrochene Inspektionstätigkeit des UNO-Teams wieder aufgenommen wurde, aber keine Beweise für das Vorhandensein biologischer oder chemischer Waffen zum Vorschein kamen, drohte Bush mit militärischer Intervention im Irak. Immerhin war er auf Druck von aussen hin bereit, im Sicherheitsrat der UNO eine zweite Resolution anzufordern. Diese Konzession schlug aber völlig fehl; nicht nur weil *Frankreich* und *Russland* mit dem Veto drohten, sondern auch, weil die USA überraschend keine Mehrheit im Sicherheitsrat auf ihre Seite zu bringen vermochten.

So begannen am 20. März die in der Golf-Region schon bereitstehenden amerikanischen Truppen zusammen mit britischen Kontingenten, ohne Legitimation durch die UNO, ihren Angriff. Dieser stellte einen klaren Bruch des

Völkerrechts dar. In der ganzen Welt hat dieses anmassende Vorgehen einen Entrüstungsturm mit spontanen Massendemonstrationen ausgelöst.

Was Amerika betrifft, so ist der militärische Sieg in Irak als Manifestation der Machtentfaltung auf dem internationalen Parkett zwar eindrucksvoll, aber gleichzeitig sind das Vertrauen und der Goodwill, wovon die Vereinigten Staaten in der westlichen Welt und in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern profitiert haben, verloren gegangen. Für die Zukunft wird viel davon abhängen, ob und wie es den Amerikanern gelingt, dem Fluch der brutalen Besetzungsmacht zu entgehen, an welchem so manche andere Grossmacht letzten Endes schon gescheitert ist.

Zu den schweren Herausforderungen, vor welche sich die amerikanische Machtpolitik jetzt gestellt sieht, treten einige aktuelle und nicht minder brisante Probleme hinzu, die Bush andere aussenpolitische Entscheidungen von grosser Tragweite abverlangen. Einmal müssen Iraks Nachbarländer *Syrien* und *Iran* in Schach gehalten werden, wobei nicht auszuschliessen ist, dass auch gegen diese beiden von Bush auf die Liste der «Achse des Bösen» gesetzten islamischen Staaten die Willkür einer «präemptiven Kriegsführung» zum Zuge kommt. Verteidigungsminister Rumsfeld hat bereits unverkennbare Drohungen in beiden Richtungen ausgesprochen. Und der Türkei wird übel genommen, dass sie vor dem Angriff auf Irak den Durchmarsch von amerikani-

schen Truppen zwecks Bildung einer Nordfront im Irak standhaft abgelehnt hat.

Positiv zu werten ist, dass das unter Bush lange vernachlässigte

Palästina-Problem

nun plötzlich doch auf dem Verhandlungsweg einer Lösung entgegengeführt werden soll. Nach der faktischen Entmachtung von Arafat dank der Einsetzung einer neuen ministeriellen Regierung in Cisjordanien ist den Palästinensern und den Israeli ein mehrstufiger Plan zur Beendigung des endlosen Konflikts ausgehändigt worden, der bis 2005 die Bildung eines unabhängigen Staates *Palästina* vorsieht. Das palästinensische Kabinett hat dem Plan vollumfänglich zugestimmt, während auf Seiten von *Israel* Vorbehalte hinsichtlich der geforderten Aufgabe der Errichtung von jüdischen Siedlungen im heute besetzten Gebiet gemacht werden. Das Wunder eines dauerhaften Friedens



Ariel Sharon (links) und Mahmud Abbas, die Ministerpräsidenten Israels bzw. Palästinas, unternehmen zusammen mit Präsident Bush einen neuen Versuch zur Lösung des Palästinakonfliktes. (Foto Keystone)

ist nur zu erwarten, wenn beide Seiten unter internationalem (und eben auch amerikanischem) Druck zu entscheidenden Konzessionen bereit sind; unter diesen steht der gegenseitige Gewaltverzicht an erster Stelle.

Im Berichtsjahr ist es in

Ostasien

zu einer sonderbaren Konfrontation gekommen. Das immer noch kommunistische *Nordkorea*, dessen ärmliche Wirtschaft am Tropf von Lebensmittelspenden und von den USA gesponserten Ölzufuhren hängt, hat Zuflucht zu erpresserischen Provokationen genommen, indem es kurzerhand die internationalen Atomverträge aufkündigte und erklärte, entgegen seinen Abmachungen mit den Vereinigten Staaten die Produktion von Plutonium wieder aufzunehmen, um dieses wichtige Ausgangsmaterial für Atombomben zu verwenden. Es wird angenommen, dass Nordkorea bereits im Besitz einer oder mehrerer Atomwaffen ist. Der experimentelle Abschuss mehrerer Trägerraketen ins Meer sollte vor Auge führen, dass Südostasien, ja eventuell sogar die pazifische Küste der USA im Bereich dieser Waffen lägen! Im Gegensatz zur Haltung gegenüber Saddam Hussein gab sich die amerikanische Regierung gegenüber den Provokationen von Kim Jong-Il überraschend gelassen; es sollten lediglich diplomatische Mittel in Anwendung gebracht werden. Die Nachbarschaft von *Südkorea* und *Japan* und die Rücksichtnahme auf Empfindlichkeiten und nicht berechenbare Reaktionen der *Volksrepublik China* machen es wenig wahrscheinlich, dass die Supermacht in Ostasien ebenso rabiat zu Felde zieht wie im Nahen Osten. Die

Bundesrepublik Deutschland

hat seit einigen Jahren die Spitzenposition in der Rangfolge des Wirtschaftswachstums in Europa eingebüsst. Deutschland liegt – gerade noch vor den jetzt ebenfalls hinkenden *Nieder-*



Deutschland in Finanznöten: der gebeutelte Finanzminister Hans Eichel (Foto Keystone)

landen – in den hinteren Rängen. Die OECD-Prognose für 2003 schätzt ein mageres Wachstum von lediglich 0,3%, während für Europa insgesamt mit 1%, für die USA sogar mit 2% gerechnet wird. Die Experten sind sich über die Gründe der Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft einig: Einerseits ist der Ausbau des Sozialstaats allzu bedenkenlos vorangetrieben worden. Die Gewerkschaften haben immer höhere Vertragslöhne mit sorglos akkumulierten Lohnnebenkosten zugestanden erhalten, und ein die Mobilität der Arbeitnehmer einschränkender Kündigungsschutz lähmt die Anpassungsfähigkeit und Innovationskraft der Unternehmen. Dazu kommen noch die aus der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands entstandenen Lasten.

Ein Hauptproblem stellt die Arbeitslosigkeit dar. Diese ist innert Jahresfrist auf 8,0% (4,5 Mio.) angewachsen und wird in der EU nur

noch von *Spanien* (11,9%) und *Belgien* (11,6%) übertroffen. Die öffentlichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit werden, wenn diese Entwicklung andauert, mit der Zeit untragbar. Im Jahr 2000 machte das Defizit in der Budgetbilanz bezogen auf das Bruttosozialprodukt ominöse 3,7% aus, in der EU nur noch übertroffen von *Portugal*. Deutschland überschreitet mittlerweile auch die in der EU verbindlich festgesetzte Verschuldungsgrenze von 3% massiv und zählt 2003 – diesmal voraussichtlich im Verein mit *Frankreich, Italien* und *Portugal* – zu den «Sündern», die Strafsanktionen der EU in Form von hohen Bussgeldern zu gewärtigen haben.

Im Juni 2003 soll ein Sonderkongress der Regierungspartei SPD ein von Bundeskanzler Schröder vorgeschlagenes Reformpaket zwecks Trimmung der Sozialausgaben billigen. Es wird angenommen, dass von der erfolgreichen Umsetzung dieses Reformpakets das Überleben Schröders als Bundeskanzler abhängig sein wird. Ein Ende der Ära Schröder ist bereits im September in den Wahlen zum Bundestag nur äusserst knapp vermieden worden. Die Regierungskoalition SPD/Grüne konnte nämlich nur um Haaresbreite eine Mehrheit von Sitzen ergattern; die beiden grossen Parteien haben mit je 38,5% der Stimmen gleichgezogen. Ob es zutrifft, dass Schröder den Hut hätte nehmen müssen, wenn er sich nicht als entschiedener Gegner einer militärischen Aktion der USA in Irak profiliert hätte, ist eine offene Frage. Sicher ist, dass seine aussenpolitische Standhaftigkeit in dieser Frage der grossen Mehrheit der deutschen Bevölkerung quer zu allen Parteipräferenzen entsprach. Aber entscheidend für die Schwächung der SPD dürfte gewesen sein, dass im Wahlkampf gemachte Versprechungen hohl gewesen sind.

Die Ablehnung der Irak-Politik von Bush ist übrigens auch in der Bevölkerung von

Frankreich

manifest. Präsident Jacques Chirac ist allerdings in einer ungleich komfortableren Position, weil seine Partei (UMP zusammen mit

UDF) in den Wahlen in die Nationalversammlung mit dem Gewinn von 399 von insgesamt 577 Sitzen einen geradezu triumphalen Sieg errungen hatte. Die Opposition auf der Linken (178 Sitze) ist dezimiert worden, während die Kommunisten fast zur Bedeutungslosigkeit abgesunken sind. Der rechtsextreme «Front national» unter Le Pen, der in den Präsidentschaftswahlen Furore gemacht hatte, ist aus der Legislative ausgeschieden. Der von Chirac eingesetzte neue Premierminister, Jean-Pierre Raffarin, ist nach den Parlamentswahlen in seinem Amt bestätigt worden.

In der Aussenpolitik zeichnete sich eine Entfremdung zwischen Paris und Washington ab. Die Frontstellung von Frankreich gegen einen Krieg in Irak legte man Chirac in Washington als Feindseligkeit aus. Der Disput über den Atlantik hinweg scheint nicht den Charakter einer bloss vorübergehenden Verstimmung zu haben, sondern vielmehr einen Zwist von längerer Dauer anzuzeigen! Erschwerend ist im Übrigen, dass sich im Nahen Osten ein explosiver Interessenkonflikt in Bezug auf wichtige Ölkonzessionen Bahn bricht. Interessant ist auch, dass Präsident Chirac ausgerechnet im Zeitpunkt des sich ankündigenden Konflikts zwischen Washington und Paris in *Algerien* einen Staatsbesuch absolvierte und dort trotz der Erinnerung an den schrecklichen Algerienkrieg begeistert empfangen wurde. Es ist nahe liegend, dass Chirac mit der «arabischen Karte» die Versorgung mit knapper fossiler Energie im Hinterhof für alle Fälle sichern möchte.

Für eine eigenständige Grossmachtpolitik reichen allerdings die Ressourcen der ehemaligen «Grande Nation» schon lange nicht mehr. Deshalb wird seit der historischen Versöhnung zwischen de Gaulle und Adenauer eine engere Einbindung eines französisch-deutschen Tandems angestrebt. Dass aus der Konfrontation mit Amerika im Irak-Konflikt inzwischen so etwas wie eine «lockere Tripelallianz mit Russland» entstanden ist, erscheint als situationsbedingte Interessenpartnerschaft, vorerst noch ohne gesicherten Bestand von Dauer. Frankreichs Trumpfkarte gegen den Anspruch der USA, fürderhin möglichst im Alleingang welt-



50 Jahre Regentschaft: Königin Elisabeth II.
(Foto Keystone)

politische Entscheidungen durchzusetzen, ist das Festhalten an der normativen Rolle der UNO im Völkerrecht mit dem Privileg des Vetorechts im Sicherheitsrat. Auch für

Grossbritannien

sind mit dem Niedergang des ehemaligen weltumspannenden britischen Empire die Aspirationen, eine eigenständige Grossmachtpolitik zu betreiben, praktisch dahingeschwunden. Aber im Gegensatz zu Frankreich haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg alle britischen Regierungen darin gefallen, eine so genannte «besondere Beziehung» zu den Vereinigten Staaten zu pflegen. Dennoch hat Blair ein beträchtliches Risiko auf sich genommen, als er in der Irak-Krise ein Truppenkontingent von

60 000 Mann ins Feuer schickte. Dies umso mehr, als die Mehrheit der britischen Bevölkerung gegen eine militärische Intervention in Irak eingestellt war, ja selbst ein beträchtlicher Teil der Labour-Partei im Unterhaus gegen ihre eigene Regierung den Aufstand probte. Immerhin scheint es dem persönlichen Einfluss von Blair zu verdanken zu sein, dass Bush bereit war, dem Sicherheitsrat der UNO eine zweite Resolution zu unterbreiten, um eine Legitimation für Gewaltanwendung gegen Saddam Husseins Regime zu beschaffen. Dass der Sicherheitsrat diesen zweiten Resolutionsentwurf in Bausch und Bogen abgelehnt hat, ist freilich Blairs «Künstlerpech».

Nicht wie erhofft erledigt werden konnte im Berichtsjahr das jahrhundertealte Erbe von Hass und Gewalt in *Nordirland*. Statt einer Ausheilung des Geschwürs mit vertrauensbildenden Massnahmen und der Rückkehr zu regionaler Autonomie musste der Prozess der Befriedung durch London wieder sistiert werden. Erschwerend ins Gewicht fällt, dass der gerüchteweise zirkulierende Verdacht von offiziell gedeckten oder inszenierten Mordanschlägen protestantischer Kampfgruppen auf Anhänger der katholischen IRA durch glaubwürdige Indizien erhärtet worden ist. Entgegen den Skandalen im Königshaus ist dem Image der Monarchie in England zugute gekommen, dass Königin Elisabeth II., deren Ruf stets untadelig geblieben ist, am 1. Juni ihr Jubiläum zur Thronbesteigung vor 50 Jahren feiern konnte. Dieses glanzvolle Fest dauerte unter grosser öffentlicher Anteilnahme vier volle Tage. Die unter der gegenwärtigen Regierung eigentlich in Aussicht genommene Abschaffung der erblichen Adelssitze im Oberhaus ist in ihrer ursprünglich radikalen Form durch etwelche Konzessionen wieder verwässert worden. In wirtschaftlicher Beziehung ist Grossbritannien mit einer nunmehr auf über 3% stehenden Inflation (vormals 1,3%), aber bei unveränderter Arbeitslosigkeit (ca. 5%) leidlich gut über die Runden gekommen.

Überraschend günstig hat sich die Lage in der vor wenigen Jahren aus dem Rumpf der Sowjetunion entstandenen

entwickelt. Präsident Putin ist es gelungen, die unter seinem Vorgänger Jelzin herrschende katastrophale Finanz- und Wirtschaftskrise einigermaßen zu überwinden. Zwar kann noch nicht von einer Rückkehr zur Stabilität bei insgesamt befriedigenden Lebensverhältnissen gesprochen werden. Immer bleiben manchenorts die Lohnzahlungen mehrere Monate im Rückstand, und in vielen Regionen fielen mitten im harten Winter in den Wohnungen die Heizungen aus. Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist, ganz abgesehen von der erbärmlichen Kaufkraft, noch keineswegs gesichert. Lebenserwartung und Geburtenrate stagnieren auf abgesunkenem Niveau. Schlamperei und Inkompetenz sind, zusammen mit dem Krebsübel der Korruption, weit verbreitet geblieben. Aber es gibt auch einige Lichtblicke: Die zögernd an die Hand genommenen Reformen beginnen langsam zu wirken. Einer Sanierung der zerrütteten Finanzen kam sehr zugute, dass der Ölpreis international stark gestiegen ist. Der hohe Exportanteil fossiler Energie führte zu einem sprunghaften Anstieg der Deviseneinnahmen und zu schwarzen Zahlen im Staatshaushalt.

Innenpolitisch scheint die Kombination von liberalen Reformen im Wirtschaftssystem, verlässlicherer Zusammenarbeit mit dem Westen und einer nach wie vor harten Hand im Innern breite Zustimmung zu finden. Es kann damit gerechnet werden, dass Putin in den Präsidentschaftswahlen im März 2004 bestätigt wird. Dass es ihm bisher nicht gelungen ist, den Konflikt um den Status von *Tschetschenien* durch einen akzeptablen politischen Modus vivendi zu lösen, tut seinem Rückhalt in der russischen Bevölkerung umso weniger Abbruch, als die am 23. Oktober in einem Moskauer Theater von Tschetschenen inszenierte Geiselnahme mit den vielen Opfern überall nur Abscheu erregt hat. Putins Schwäche ist, dass er über keine parteipolitische Machtbasis verfügt und wenig Hebelwirkung auf die in Russland nach wie vor selbstherrlichen Interessengruppen und Machteliten hat.

Aussenpolitisch hat Russland unter Putin und Premierminister Kasjanow geschickt eine pragmatische Öffnung gegenüber dem Westen betrieben. Mitte Mai ist ein sensationelles Abkommen mit den USA betreffend die Reduktion von Atomwaffen von 5000 bzw. 6000 auf 1700–2200 Sprengköpfe zu Stande gekommen, das nachher sogar noch erweitert worden ist. Und am 27. Juni ist Russland als Vollmitglied in die Gipfelgruppe G-8 aufgenommen worden, wobei ihm eine Zahlung von 20 Mrd. Dollar für die Sicherung des russischen Atomarsenals zugestanden worden ist. Auch die Konfrontation mit der NATO ist, nachdem die ursprüngliche Zwecksetzung dieses Bündnisses inzwischen hinfällig geworden ist, so gut wie begraben worden. Die NATO hat einen «Rat der 200» ins Leben gerufen, in welchem Russland gleichberechtigt mitreden kann! Eine gewisse Trübung des Verhältnisses zu Amerika bewirkte freilich der Irak-Konflikt, als sich Russland mit Frankreich und Deutschland solidarisierte. Von grösserer Bedeutung könnte indessen sein, dass sich Putin nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in New York unverzüglich hinter die Ankündigung eines «Kriegs gegen den Terrorismus» durch den amerikanischen Präsidenten gestellt hat – nicht ohne Seitenblick auf *Tschetschenien*.

Wenden wir uns der

Europäischen Union (EU)

zu. Hier ist am 19. Oktober eine interne Hürde im Hinblick auf die Weiterentwicklung dadurch weggefallen, dass sich in *Irland* eine klare Mehrheit von 63% zu Gunsten des Reformvertrags von Nizza ausgesprochen hat. Ein irisches Veto gegen die Osterweiterung der EU ist somit nicht mehr zu befürchten. Zwei Monate später ist diese Osterweiterung, bei welcher es um den Beitritt von 10 Staaten in Ost- und Mitteleuropa zu einer dannzumal 25 Mitglieder umfassenden Staatengemeinschaft geht, am EU-Gipfel in Kopenhagen einstimmig beschlossen worden. Der Vollzug der mit den Kandidatenländern ausgehandelten Verträge



Die Vertreter der bisherigen und der neuen EU-Mitgliedländer in Athen vereint
(Foto Keystone)

soll am 1. Mai 2004 erfolgen. Die Regierungschefs der EU-Länder haben am 16. April mit den Vertretern der zehn neuen Mitglieder die Beitrittsverträge in Athen unterzeichnet. Wurden in Kopenhagen die Bedenken und Sorgen über den keineswegs leichten Erweiterungsprozess der EU nur gerade artikuliert, so fehlte eine zuversichtliche Stimmung in Athen vollends, weil im Gefolge der Irak-Krise unerwartet Spannungen nicht nur zwischen mehreren EU-Staaten, sondern auch zwischen solchen und Beitrittskandidaten aufgetreten sind. Diese führen vor Augen, wie problematisch die Harmonie der EU – vor allem im Hinblick auf eine gemeinsame Linie in aussenpolitischen Fragen – offensichtlich noch ist.

In den beitriftswilligen Ländern werden Volksabstimmungen abgehalten, und die bestehenden 15 EU-Länder haben die Beitrittsverträge zu ratifizieren. Mittlerweile haben in *Slovenien, Malta, Ungarn und Litauen* die Bürger den Beitritt gebilligt; in den anderen Kandidatenländern folgen die entsprechenden Plebiszite im Verlauf des Jahres. Dass im Übrigen für eine EU mit 25 Mitgliedern und 450 Mio. Einwohnern gegenüber dem heutigen Zustand tiefgreifende institutionelle Reformen notwendig

sind, ist unbestritten. Diesbezüglich ist ein vom ehemaligen französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing präsidierter Verfassungskonvent am Werk. Ein erster Entwurf der Reformvorschläge liegt seit dem 22. April vor. Dieser sieht statt der bisherigen Rotation des EU-Vorsitzes einen vom EU-Rat auf 2½ Jahre gewählten Präsidenten der EU vor, eine kleinere Kommission mit eigenem Präsidenten, einen EU-Aussenminister und ein qualifiziertes Mehr bei Abstimmungen. Der vom Verfassungskonvent bereinigte Entwurf soll im Sommer 2003 den Regierungschefs vorgelegt werden.

Bereits bekannt ist, dass *Deutschland* und *Frankreich* planen, eine gemeinsame, jederzeit verfügbare militärische Eingreiftruppe – allerdings vorerst lediglich in der Stärke einer Brigade – aufzustellen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Europa in Bezug auf seinen Rüstungsstand und die unmittelbare Disponibilität von Truppen, wenn solche für friedenssichernde Massnahmen vor Ort benötigt werden, entweder nur verspätet oder aber gar nicht handlungsfähig ist. Europa ist, ebenso wie die NATO, in Bezug auf das verfügbare Rüstungspotenzial in zunehmendem Mass vom amerikanischen Beitrag abhängig geworden. Um einen Schritt hin auf eine wieder bessere Lastenverteilung zu machen, haben die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg im April in Brüssel einen Grundstein zu einer Art «europäischer Militärunion» (mit einem gemeinsamen Kommando) gelegt. Angeblich wollen die Gegner des Irak-Kriegs in der EU mit dieser Initiative die europäische Basis der NATO stärken und nicht eine Kon-

kurrenz zur NATO schaffen. Im Rückblick auf die

Schweiz

lässt sich Folgendes berichten: Am 15. Mai 2002 öffnete die «Expo 02» für 159 Tage an ihren Standorten Biel, Murten, Neuenburg und Yverdon ihre Tore. Vor allem nach der Eröffnung und in den Wochen vor Ausstellungsende im Herbst war der Besucherzustrom erfreulich stark, während in den Sommermonaten die Erwartungen unerfüllt blieben. Eine breite inhaltliche Diskussion im Sinne einer schweizerischen Standortbestimmung und Zukunftsvision vermochten die Ausstellungsmacher nicht auszulösen. Die punkto Organisation, Management und Finanzierung langwierige Entstehungsgeschichte dieser «Landesausstellung» führte zu einer andauernden öffentlichen Auseinandersetzung um die stetig steigenden Mehrkosten, die – mit Murren der eidgenössischen Räte – tranchenweise der Bundeskasse überbunden wurden. Schliesslich steuerte der Bund an das Expo-Budget von 1,6 Mrd. Franken insgesamt rund eine Milliarde bei!

Nicht deswegen rutschte der Bundeshaushalt tief in die roten Zahlen. Der Zusammenbruch des weltweiten Wirtschafts- und Börsenbooms liess die Steuereinnahmen massiv sinken; die Einschätzung des Wirtschaftswachstums und der Staatseinnahmen mussten nach unten korrigiert werden. Die lange dauernde lähmende Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg verstärkte zudem noch die düstere Stimmung in der Wirtschaft und an der Börse. Die

Konjunkturprognosen wurden auch in den wichtigsten Exportländern der Schweiz zurückgenommen. Statt eines anfänglich prognostizierten Wachstums des Bruttosozialproduktes um 0,8 Prozent muss in der Schweiz im Jahr 2003 mit einem Nullwachstum und steigenden Arbeitslosenzahlen (4,2 Prozent) gerechnet werden. Die eidgenössische Staatsrechnung 2002 wies statt eines geringfügigen Budgetdefizits von 300 Mio. einen Fehlbetrag von über 3 Mrd. aus. Die Bundesschulden stiegen auf rund 125 Mrd. Franken. Dieses Ergebnis war nicht nur auf die rückläufigen Steuereinnahmen zurückzuführen. Der gute Abschluss des Jahres 2000 verleitete das Parlament zu einer nachlassenden Ausgabendisziplin, deren Folgen noch jahrelang zu spüren sein werden. Die Ausgabensprünge und die sinkenden Steuereinnahmen zwangen den Bundesrat zu einer drastischen Sanierungsstrategie. Auf der Ausgabenseite ist mit dem «Sanierungspaket 2003» eine Reduktion um 3,5 Mrd. geplant. Da bis 2006 gemäss den Finanzplänen die Einbussen bei den Steuereinnahmen bis zu 5 Mrd. jährlich betragen können, sind weitere Massnahmen in der Grössen-



Flughafen Zürich und Fluggesellschaft SWISS im Kampf gegen die Widerwärtigkeiten im internationalen Fluggeschäft (Foto Keystone)

ordnung von rund 2 Mrd. unerlässlich. Inwieweit sich mit weiteren Ausgabenreduktionen diese mittelfristige Sanierung erzielen lässt, ist bei den Bundesratsparteien umstritten. Wenig Anklang fanden die bundesrätlichen Hinweise auf eine mögliche Mehrwertsteuer-Erhöhung oder auf die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer. Die Parteien und die eidgenössischen Räte kommen nicht darum herum, sich im Wahljahr sowohl grundsätzlich wie konkret mit den Grenzen der Wirksamkeit des Staates auseinander zu setzen.

Wahlen in den Kantonen Zug, Baselland, Luzern und Zürich liessen bereits einige Vorzeichen für den eidgenössischen Wahlherbst 2003 erkennen. Kleinere Gewinne bei den Sozialdemokraten und grössere für die SVP bei der Bestellung der kantonalen Parlamente, Verluste bei den Freisinnigen (vor allem in Zug und Zürich) und eine Stagnation mit Minuszeichen bei der CVP weisen auf eine ähnliche Bewegung der Wählerschaft bei den Nationalratswahlen 2003 hin. Bei den Wahlen der kantonalen Exekutiven gelang es der SVP weder in Luzern noch in Zürich, eine dem Wähleranteil entsprechende Vertretung zu erringen.

Auch bei der Ersatzwahl in den Bundesrat für die zurückgetretene Sozialdemokratin *Ruth Dreifuss* gelang es der SVP mit ihrem Gegenkandidaten, dem Zürcher Bortoluzzi, nicht, die bestehende «Zauberformel» (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) zu ihren Gunsten zu verändern. Am 4. Dezember 2003 schaffte im fünften Wahlgang die Genfer SP-Regierungsrätin *Micheline Calmy-Rey* vor ihrer SP-Mitbewerberin, der Freiburger Regierungsrätin Ruth Lüthy, und dem SVP-Kandidaten den Sprung in die Landesregierung. Diese nahm eine neue Departementsverteilung vor: Bundesrat *Pascal Couchepin* wechselte vom Volkswirtschaftsdepartement ins Departement des Innern, das zurzeit anspruchsvolle «Baustellen» aufweist: Die 11. AHV-Revision, die Revision des BVG-Gesetzes mitsamt dem leidigen BVG-Mindestzinssatz-Problem sowie die Revision der Krankenversicherung harren der Lösung. Bundesrat *Joseph Deiss* übernahm das Volkswirtschaftsdepartement und machte im Departement für auswärtige Angelegenheiten der neuen Bundesrätin aus Genf Platz. – Für Ende 2003 hat Bundesrat *Kaspar Villiger*, Chef des Finanzdepartements, seinen Rücktritt aus der Landesregierung angekündigt.

Das eidgenössische Stimmvolk hiess am 2. Juni 2002 mit 72 Prozent Ja eine Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch gut und lehnte gleichzeitig eine Initiative der Abtreibungsgegner ab. Am 22. September 2002 wurde die «Goldinitiative» der SVP, die den Ertrag oder den Erlös des für die Währungspolitik nicht mehr benötigten Goldes gänzlich der AHV zuweisen wollte, abgelehnt. Der Gegenvorschlag von Bundes-



UNO-Beitritt der Schweiz: Bundespräsident Villiger und Bundesrat Deiss mit dem UNO-Generalsekretär Kofi Annan (Foto Keystone)

rat und Parlament (je ein Drittel für die AHV, die Kantone sowie für eine Solidaritätsstiftung) fand auch keine Gnade. Das Stimmvolk gab auch kein grünes Licht für die von den Gewerkschaften bekämpfte Liberalisierung des schweizerischen Elektrizitätsmarkts. Nur gerade mit einem Nein-Überschuss von gut 3000 Stimmen wurde die SVP-Asylinitiative, die vor allem dem Missbrauch des Asylrechts einen Riegel schieben wollte, abgelehnt. Die Revision des Arbeitslosengesetzes hingegen, die von Gewerkschaften und SP mit einem Referendum angefochten wurde, fand eine klare Zustimmung. Angenommen wurde am 9. Februar 2003 bei nur 28% Stimmbeteiligung mit 70% Ja die Änderung der Volksrechte, die unter anderem die «Allgemeine Volksinitiative» bringt, bei der das Parlament den definitiven Text des Verfassungsartikels oder des Gesetzes ausarbeitet und über die Umsetzung entscheidet. Noch deutlicher wurde die Regelung der kantonalen Beiträge zu den Spitalkosten gutgeheissen, gegen die eine Krankenkasse mit dem Referendum angetreten war.

Die Multipackabstimmung vom 18. Mai 2003 erbrachte bei allen neun Vorlagen eindeutige Resultate. Die Reform «Armee XXI» wurde im Verhältnis 3 zu 1, die Reform «Bevölkerungsschutz» gar mit 4 zu 1 angenommen. Sämtliche sieben Initiativen schickte das Volk bachab: «Strom ohne Atom, «Moratorium Plus», Gesundheitsinitiative SP, Lehrstelleninitiative, «Ja zu fairen Mieten», autofreier Sonntag, «gleiche Rechte für Behinderte».

Gleichsam mit Pauken, Trompeten und Fahnen hielt die Schweiz mit einer Hundertschaft offizieller Gäste am 10. September 2002 in New York ihren Einzug als 190. Mitglied der UNO. Harte Knochenarbeit dagegen hatten die Bundesräte *Villiger* und *Leuenberger* im Bereich der Aussenbeziehungen zu leisten. Ein monatelanges Hin und Her mit der Europäischen Union gab es in Sachen Wahrung des Bankkundengeheimnisses. Die bundesrätliche Hartnäckigkeit, vorab von Finanzminister Kaspar Villiger, zahlte sich aus. Die existenzielle Gefährdung des Finanzplatzes Schweiz konnte abgewendet werden mit einer Zahlstellen-Steu-



Micheline Calmy-Rey, die erste Grossmutter im Bundesrat (Foto Hansueli Trachsel)

er für EU-Ausländer, einer Art Verrechnungssteuer, welche die Schweiz einzieht und den entsprechenden Ländern überweist. Sofern die EU-Staaten in dieser Frage untereinander Einigkeit erzielen und die andern Teile der zweiten Serie der Bilateralen Verträge zu einem Abschluss kommen werden, könnte diese Regelung ab 2005 in Kraft treten. Weniger erfolgreich agierte Verkehrsminister Leuenberger in seinen Verhandlungen mit Deutschland über ein neues Luftverkehrsabkommen. Eine Mehrheit der eidgenössischen Räte und die Direktbetroffenen (Flughafen Kloten, Swiss) lehnten den ausgehandelten Vertrag ab, sodass neu verhandelt werden muss. Allerdings scheute die deutsche Seite nicht vor einseitigen Sofortmassnahmen zurück, gegen welche der Bundesrat bei der EU-Kommission Beschwerde eingereicht hat. Erfreuliche Aussenpolitik war der Erfolg des Tandems Schweiz–Öster-



Nobelpreisträger: ETH-Professor und Prionen-Forscher Kurt Wüthrich (Foto Keystone)

reich bei der Bewerbung um die Fussball-Europameisterschaft 2008: Sie findet in diesen beiden Alpenländern statt.

Am 30./31. Oktober empfing der Bundesrat die Staatspräsidentin von Lettland, Frau *Vaira Vike-Freiberga*, zu einem offiziellen Staatsbesuch. Und am 14./15. Mai wurde der italienische Staatspräsident *Carlo Azeglio Ciampi* im Bundeshaus empfangen. Dieser fand anerkennende Worte für die heutige Rolle der Schweiz in Europa und für die Leistungen der Schweiz für die Flüchtlinge während des Zweiten Weltkriegs. Das Jahr 2002 brachte der Schweiz auch einen weiteren Nobelpreisträger (Chemie): ETH-Professor *Kurt Wüthrich*, der im

Bereich der Prionen-Forschung Bahnbrechendes geleistet hat. Auch er trägt dazu bei, dass die Schweiz nach wie vor in der Statistik «Nobelpreisträger pro Kopf der Bevölkerung» eine Spitzenstellung einnimmt.

Schwere Unwetter am 16. November 2002 verursachten vor allem in einigen Dörfern Graubündens grosse Schäden und setzten den Menschen zu (Erdrutsche, Überschwemmungen). Im

Kanton Bern

wurden die Stimmbürger am 22. September zur Urne gerufen, um einerseits über zwei Kreditvorlagen «Berne 2010» (Olympiade) zu befinden und andererseits eine Wahlkreisreform zu bewilligen. Die Kredite wurden abgelehnt. Der Grosse Rat wird inskünftig statt 200 Mitglieder nur noch deren 160 zählen. Während wegen der nach wie vor angespannten Finanzlage im Kanton Bern bei Schulden von über 10 Mrd. die Sparparole die Diskussion dominiert, war der Grosse Rat sich selber gegenüber reichlich splendid: Er erhöhte die Diäten der Parlamentarier pro Sitzung von 200 auf inskünftig 240 Franken! Auf der anderen Seite erwies sich aber der Regierungsrat als einsichtiger; in einem Bericht zur strategischen Aufgabenprüfung bekundete er die Absicht, insgesamt 570 Stellen zu streichen und damit pro Jahr etwa 140 Mio. Franken einzusparen.

In der Staatsrechnung 2000 konnte zwar wie in den Vorjahren wiederum ein Überschuss ausgewiesen werden (220 Mio.), aber auf Grund der schlechten Wirtschaftslage muss nun mit viel geringeren Steuereinnahmen gerechnet werden, während die Ausgaben wegen höherer Sozialaufwendungen steigen. Es stehen somit wieder rote Zahlen in Aussicht. Und das bedeutet, dass statt des geplanten allmählichen Abbaus des Schuldenbergs die Regierung bis zum Jahre 2007 eine zusätzliche Verschuldung von pro Jahr durchschnittlich 200 Mio. befürchtet, wenn es nicht gelingt, mit einschneidenden, weiteren Massnahmen noch entsprechende Budgetkürzungen durchzusetzen.

Dass die Sparpolitik in den öffentlichen Finanzen nicht überall Verständnis findet, ist deutlich dadurch zum Ausdruck gekommen, dass am 1. November rund 20 000 Angestellte des Kantons zu einer grossen Demonstration auf die Strasse gegangen sind! Immerhin ist zu vermerken, dass das schmerzliche Finanzdesaster der Berner Kantonalbank schliesslich nicht, wie angenommen, volle 3 Mrd., sondern 400 Mio. weniger Verlust verursacht hat.

Wie üblich wählte der Grosse Rat im Frühjahr seinen neuen Ratspräsidenten und die beiden Vizepräsidenten. Dem Präsidenten *Peter Rychiger* (FDP, Steffisburg) wurden als Vizepräsidenten *Heinz Dätwyler* (EVP, Lotzwil) und *Thomas Koch* (SP, Langnau) zur Seite gestellt. Es ist das erste Mal, dass ein Vertreter der Evangelischen Volkspartei (EVP) im Grossen Rat einen Podestplatz zugewiesen erhalten hat.

Der Kanton Bern bleibt ein zweisprachiger Kanton. Artikel 5 der bernischen Kantonsverfassung anerkennt ausdrücklich, dass dem Berner Jura im Kanton eine «besondere Stellung» zukomme, die es ihm ermöglicht, «seine Identität zu bewahren, seine sprachliche und kulturelle Eigenart zu erhalten und an der kantonalen Politik aktiv teilzunehmen». In diesem Sinne sollte ein «Bernjurassischer Rat» geschaffen werden, der auch gewisse Entscheidungskompetenzen hat. Zwecks Konkretisierung dieses Konzepts hat der Regierungsrat des Kantons Bern Anfang Mai nun ein Sonderstatutgesetz präsentiert, das als Diskussionsgrundlage für eine entsprechende Legiferierung durch den Grossen Rat im nächsten Jahr dienen und

Anfang 2006 in Kraft treten soll. Das Sonderstatut sieht auch eine Sonderstellung für den zweisprachigen Amtsbezirk Biel vor, wo rund 40% der Bevölkerung französischsprachig sind.

Der Kanton Bern trachtet die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zu fördern und befürwortet auch Bestrebungen des Zusammenschlusses zu grösseren Gemeinden. Nachdem 1973 bereits eine Fusion von Isenfluh mit Lauterbrunnen zu Stande gekommen ist, haben jetzt im März die Gemeinden Englisberg und Zimmerwald ihre Vereinigung zu einer Gemeinde mit dem neuen Namen Wald beschlossen. Im April haben die beiden Gemeinden Ober- und Niederwichtach im Aaretal ihrerseits einem Zusammenschluss zur neuen Gemeinde Wichtach zugestimmt. Die Fusion soll am 1. Januar 2004 vollzogen werden. Obschon die Berner Stimmbürger am 24. November einen Kredit von 9,2 Mio. für den Bau einer neuen Zufahrtstrasse zum Flugplatz Belpmoos abgelehnt haben, gibt der



Die Fussballweltmeisterschaft 2002 fand in Japan und Südkorea statt. Brasilien errang dabei den ersten Platz. (Foto Keystone)



Man traut seinen Augen nicht: das Berner Münster ohne Gerüst (Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Belper Gemeinderat diesen Plan keineswegs auf; er hat im Mai mit einem Schreiben an die kantonale Baudirektion einem anderen Projekt einer direkten Zufahrtstrasse das Wort geredet. Der Kanton will erst dazu Stellung beziehen, wenn die noch strittige Frage der Pistenverlängerung letztinstanzlich entschieden ist. Inzwischen ist indes an Stelle der bisherigen Baracken am Flughafen ein neues, definitives Abfertigungsgebäude gebaut und im Mai eingeweiht worden. Es wird erwartet, dass die Passagierzahlen, nachdem sie im Jahr 2002 stark rückläufig gewesen waren, fortan dank einer Belebung des Streckennetzes zunehmen werden.

Ein wenig erfreuliches Kapitel ist ein Skandal, der am Ende der Berichtsperiode in der Kantonspolizei ruchbar geworden ist. In zwei anonymen Schreiben an Regierungsrätin Dora Andres sind eine Reihe von vor der Öffentlichkeit verborgenen Regelwidrigkeiten oder sogar kriminellen Handlungen im Bereich des kantonalen Polizeikorps ans Tageslicht gekommen. So sollen in den letzten Jahren zum Teil grössere Geldbeträge aus Drogenerlösen aus Tresoren der Polizeifahndung entwendet worden sein, und es soll der Fall eines Händlers mit Haschisch von der Kantonspolizei vertuscht worden sein etc. Die Vorwürfe scheinen begründet zu sein und werfen ein schlechtes Licht auf die Vertrauenswürdigkeit eines Teils der Polizeikader. Nicht klar ist, ob und inwiefern die betreffenden Verantwortlichen intern zur Rechenschaft gezogen worden sind. In einigen Fällen sollen die Untersuchungen zwar eingeleitet, aber mangels Eruierung der Täterschaft wieder eingestellt worden sein.

Im kulturellen Bereich hat der Kanton Bern eine bedeutende Kunstsammlung eingebüsst, indem im Juni die Sammlung Imobersteg von Oberhofen abgezogen und nach Basel transferiert worden ist. Andererseits ist am 25. Oktober in Burgdorf das neue Museum für Werke des Kunstmalers Gertsch eröffnet worden. Der Kanton Bern konnte ein Jubiläum besonderer Art feiern: Am 6. März 2003 waren es 650 Jahre her, dass Bern der Eidgenossenschaft beigetreten ist! Der Anlass wurde nicht mit grossem Aufwand gefeiert, sondern man begnügte sich mit einem Staatsakt in Bern sowie sinnigerweise mit einer Ausstellung, mit historischen Publikationen und der Darstellung von mittelalterlichen Ritterspielen. Die

Stadt Bern

konnte zum dritten Mal in Folge mit einem positiven Rechnungsergebnis aufwarten. Dank höherer Steuereinnahmen ist die Rechnung 2002 ausgeglichen geblieben. Der Sparwille ist ungebrochen: Der Gemeinderat (Exekutive) hat zu Jahresbeginn ein weiteres Sparpaket zur

Sanierung der Stadtfinanzen auf den Weg geschickt. Die Stimmbürger der Stadt haben im gleichen Sinne am 9. Februar den Vorschlag einer Parteienfinanzierung durch die Stadtkasse abgelehnt, bevor sie dann am 2. Juni allerdings die Hand lockerten und einem Projektierungskredit für die Umgestaltung des Berner Bahnhofplatzes in der Höhe von 3 Mio. zustimmten. Die Diskussion darüber ist aufgenommen worden, ob inskünftig in der Stadt Bern neue Tramlinien – so namentlich nach Bümpliz – eingerichtet werden sollen, was enorme Investitionen bedingen, sich aber anscheinend angesichts höherer Transportkapazitäten als mit Busbetrieb auf längere Fristen auszahlen würde.

Nebst einigen kleineren sind die beiden grossen Postämter im Kornhaus und am Bollwerk geschlossen worden. Dafür ist am Bärenplatz im Gebäude des ehemaligen Bankvereins ein neues, grosses Postzentrum eröffnet worden. Am 6. Juli ist im Kursaalgebäude das der Stadt Bern zugebilligte, neue Spielcasino mit «grand jeu» eröffnet worden. Seit November ist endlich das die Münstersilhouette störende Baugerüst entfernt worden.

Der Versuch der Stadtregierung, das traditionelle Wappensymbol mit dem Berner Bär als städtisches Logo durch ein eigensinniges, blosses Schriftbild zu ersetzen, ist am Widerstand in der breiten Öffentlichkeit gescheitert. Dank einer Referendumsdrohung ist das Wappensymbol wieder auferstanden. Auf's Neue war Bern der Schauplatz einer grossen Zahl von Demonstrationen, die nicht alle ohne Ausschreitungen übler Art über die Bühne gegangen sind. Zu Gewalttätigkeiten kam es vor allem im Zusammenhang mit dem Weltwirtschaftsforum in Davos; im Prättigau von der Polizei zurückgehaltene Demonstrationswillige wurden mit einem Sonderzug nach Bern geführt, wo sie ihren aufgestapelten Ärger blindwütig abreagierten. Es kam zu Strassenschlachten und zum Teil schweren Sachbeschädigungen an Läden und Gebäuden. Zu unschönen Szenen kam es auch im Anschluss an einen Fussballmatch zwischen den Young Boys und dem FC Basel sowie bei der polizeilichen Räu-

mung eines «Friedenscamps» im Dalmazipark, das als Protestaktion gegen den Irak-Krieg der USA gedacht war.

Letzterer Vorfall führte zu einem politischen Nachspiel eigener Art, indem dem Polizeidirektor der Stadt Bern von Seiten seiner Kollegen im Gemeinderat eigenmächtiges Vorgehen und Kompetenzüberschreitung vorgeworfen wurde. Das bereits gespannte persönliche Verhältnis zwischen Polizeidirektor Wasserfallen und dem Kommandanten der Stadtpolizei, Blumer, eskalierte zu einer offenen Konfrontation. In der Folge setzte Stadtpräsident Baumgartner (SP) kurzerhand den Polizeidirektor unter einer Art amtlicher Vormundschaft ab, worauf der Gemeinderat hinter verschlossenen Türen eine neue Zuteilung der Funktionen verabredete. Die Polizeidirektion wurde Gemeinderätin Begert (SVP) überantwortet, während Wasserfallen (FDP) die Finanzdirektion zufiel und der bisherigen Finanzdirektorin Therese Frösch (gb) ihrerseits die Gesundheits- und Fürsorgedirektion zugewiesen wurde. Eine vom Stadtrat eingesetzte Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) soll die Hintergründe und wahren Ursachen der schweren Politikrise, die offenbar nicht nur parteipolitischen Rivalitäten zuzuschreiben ist, gründlich abklären. Unklar scheinen namentlich auch die Einsatzkonzepte der Polizei zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bei ausser Kontrolle geratenden Massenaufläufen und unvorhersehbaren terroristischen Exzessen zu sein.

Hans Rudolf Böckli

WETTBEWERB

Bekannte Denkmäler und Gedenksteine

Tell-Denkmäler gibt es mehrere. Das bekannteste steht seit 1895 in einem Innerschweizer Hauptort. Der Bildhauer Richard Kissling erhielt von Politikern den Auftrag, Tell als freiheitsstolzen, kühnen, entschlossenen Mann in der landesüblichen Bauerntracht darzustellen. Die Bronzefigur kostete Fr. 143 475.09.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 94